

Angriffspläne auf Moskau auch nach dem Zweiten Weltkrieg

Lühr Henken

Co-Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag, arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination

Nach den verheerenden Zerstörungen, die der Hitlerfaschismus in der Sowjetunion angerichtet hat, ist es kaum vorstellbar, dass die USA bereits im November 1945 einen Geheimplan entworfen, der den Titel trug „Atombombenziel Sowjetunion“¹. Der erste dieser US-Pläne beinhaltete Atomschläge auf 20 sowjetische Zentren. Elf weitere Pläne folgten. Die USA stellten Atombomben – sie hatte 1956 bereits 15.000 davon – Langstreckenbomber, Interkontinentalraketen usw. quasi am Fließband her. 1959 nahmen die US-Atomwaffen 20.000 sowjetische Ziele ins Visier.

Die Sowjetunion verfügte anfangs über keine Atombomben, hatte 1954, als die USA bereits über 1.000 Langstreckenbomber verfügten, gerade mal 20 davon. Die US-Begründung war von Anfang an und wurde ständig wiederholt: Der Schutz vor einem bevorstehenden sowjetischen Angriff.

Diese Behauptung ist allerdings eine Erfindung. Denn schon im Januar 1945 hatte der „Vereinigte Geheimdienststab“ der USA festgestellt, dass sich die sowjetische Führung ihrer ungeheuren Schwäche durch die großen Verluste an Menschen durch den Krieg gegen den Hitlerfaschismus und an Produktionspotential in der Nachkriegsperiode bewusst sei, und sie alles daransetzen werde, „um internationale Nachkriegskonflikte zu vermeiden.“ Würde doch jede „Fortsetzung der Hochrüstung über das Kriegsende hinaus“ den sozialen und ökonomischen Wiederaufbauprozess enorm beeinträchtigen.²

Mit immer neuen Lügen, über angebliche Rückstände (zum Beispiel: Lücken bei Raketen, Bomberflugzeugen und bei den Verteidigungsausgaben) trieb der militärisch-industrielle Komplex der USA seine nukleare Aufrüstung voran. Die US-Nuklearstrategien wurden alle auch NATO-Strategien. Sie trugen täuschende Titel: Zuerst die „Vorneverteidigung“, dann die „Massive Vergeltung“ dann die „Flexible Response.“ Alle diese Doktrinen waren mehr oder weniger verdeckte Atomangriffspläne, die in immer verfeinerten Taktiken den Ersteinsatz von Atomwaffen beinhalteten, aber sich als Verteidigung

tarnten. Seit 1955 ist Westdeutschland NATO-Mitglied und trägt Mitverantwortung für diese Entwicklung.

Die aggressive US-Atomkriegsplanung erfuhr ihren Höhepunkt unter Präsident Reagan. 1980 veröffentlichte Colin S. Gray seine Kriegsführungsdoktrin „Victory is possible“, die nun nicht mehr eine Entwaffnungsstrategie, sondern eine Enthauptungsstrategie war. Sie sah den Enthauptungsschlag vor, eine erste offizielle Kriegsführungsstrategie, die im Ernstfall „einen sechs Monate dauernden Atomkrieg“ gegen die UdSSR plante.³ Eventuelle sowjetische Restgegenschläge sollten durch ein zu entwickelndes weltraumgestütztes SDI-System abgefangen werden. Das war ein unverantwortlicher Wahnsinn. Aber die US-Verantwortlichen waren nicht etwa verrückt, sondern planten das mit Vorsatz. Realisiert werden sollte das mit strategischen Enthauptungsschlagwaffen Pershing II und Cruise-Missiles, die vor allem in Westdeutschland stationiert werden sollten.

Die NATO trieb die Spannungen immer näher an den atomaren Abgrund. Umfangreiche Militärübungen in Grenznähe provozierten die Warschauer-Pakt-Staaten zusehends und hätten zu sowjetischen Präventivhandlungen verleiten können, die dann die Begründung für den NATO-Angriff geliefert hätten. Zu all dem kam es nicht. Die Sowjetunion brach – nicht zuletzt unter der Last der Kosten für die Rüstung – zusammen. Sie war tot gerüstet worden.

Es zeigt sich, dass die NATO vom ersten Tage ihres Bestehens an ein aggressives Bündnis war – kein Verteidigungsbündnis, so wie es in ihren Mitgliedsländern ihr vorherrschendes Image ist. Aggressivität ist ihre Kontinuität seit 1949 - bis heute.

Anknüpfend an die Zeit des Kalten Krieges wird den Russen auch heute eine Angriffsabsicht auf NATO-Gebiet unterstellt, gegen die wir uns zu verteidigen hätten. Das ist ein Standardargument, das kaum noch jemand hinterfragt. Das ist insofern eigenartig, weil Fakten auf dem Tisch liegen, die diese Behauptung als geradezu absurd entlarven.

Die militärischen Kräfteverhältnisse widerspiegeln ein immenses Ungleichgewicht zugunsten der NATO⁴. Die NATO verfügt demnach mit knapp 3,5 Mio. Soldaten über das 4,4-fache Russlands, die NATO hat 25 Prozent mehr Kampfpanzer, sie hat das 2,8-fache an Kampfhubschraubern und das Vierfache an Kampfflugzeugen. Die NATO hat das 2,7-fache an Zerstörern, Fregatten und Korvetten und das 2,6-fache an U-Booten. Während die NATO-Staaten 27 Flugzeugträger nutzen, hat Russland nur einen. Bei den Militärausgaben ist die NATO-Übermacht am deutlichsten: Mit 881 Mrd. US-Dollar gibt sie das 13-fache aus wie Russland. Nur in einem einzigen Rüstungsbereich hat Russland mehr als die NATO: Es hat 8 Prozent mehr Artilleriesysteme. Russland senkt seine Militärausgaben seit 2016. 2017 sogar um 20 Prozent. Für dieses und nächstes Jahr sind weitere Senkungen angekündigt.

Im konventionellen militärischen Vergleich gilt: Die NATO ist ein Riese, Russland ein Zwerg.

Ungeachtet dessen rüstet die NATO auf: Immer mehr Großmanöver und Soldatenstationierungen an den russischen Westgrenzen, die Verdreifachung der Schnellen Eingreiftruppe der NATO, die Aufstellung eines Raketenabwehrsystems, welches, wenn es einmal entwickelt ist, die russische nukleare Zweitschlagskapazität unbrauchbar machen könnte, die Politik der Offenen Tür für immer neue NATO-Mitglieder und die Aufforderung an die NATO-Staaten, ihre Militärhaushalte auf zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts hochzufahren. So provoziert die NATO eine immer gefährlicher werdende Spirale der Aufrüstung und der Eskalation. Damit steigt auch die Gefahr eines Krieges aus Versehen. Jedoch: Die Probleme in Europa können nicht durch Säbelrasseln und Kriegsgeheul gelöst werden. Vielmehr liegt in Dialog und Kooperation die Lösung, die für alle Seiten von Vorteil ist. Die Gegensätze und Ungleichgewichte zwischen NATO und Russland müssen abgebaut werden. Die Abrüstung von Bundeswehr, NATO und EU ist das Gebot der Stunde.

¹ Jürgen Bruhn, Der kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion, Gießen 1995, 263 Seiten.

² Bruhn S. 20

³ Bruhn S. 206

⁴ Welt am Abgrund? Deutsche Welle, 8.2.18, <http://www.dw.com/de/welt-am-abgrund-der-münchener-sicherheitsbericht/a-42482455>

Das von der Bundesregierung ins Auge gefasste **Rentenüberleitungsabschlussgesetz** soll die Rentenungerechtigkeit ein für allemal festschreiben und damit die soziale Spaltung der Gesellschaft in Ost und West, arm und reich, in politisch genehme und nicht politisch opportune Bevölkerungsschichten zementieren.

Gegen diesen Generalangriff auf die demokratischen Grundlagen per Rentengesetzgebung wendet sich der Aufruf des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände. Unser Verein unterstützt diese juristische Initiative.

Rechtssatzbeschwerde des OKV Spendenaufruf des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

Nutzen wir die Chance, Rentengerechtigkeit vor 2025 herzustellen!

Mit Einigungsvertrag vom 20. 09. 1990 wurde in Artikel 30 „Arbeit und Soziales“, Absatz 5, bestimmt: „Im Übrigen soll die Überleitung von der Zielstellung bestimmt sein, mit der Angleichung der Löhne und Gehälter in dem in Artikel 3 genannten Gebiet an diejenigen in den übrigen Ländern auch eine Angleichung der Renten zu verwirklichen.“ Auch nach 28 Jahren der staatlichen Vereinigung ist diese Angleichung nicht erfolgt. Nach dem 2017 beschlossenen „Gesetz über den Abschluss der Rentenüberleitung (Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz)“ wird erst ab dem Jahr 2025 für die erworbenen Rentenanwartschaften einheitliches Recht in ganz Deutschland gelten. Mit diesem Gesetz wird die bestehende Ungerechtig-

keit noch für weitere Jahre festgeschrieben. Viele Rentnerinnen und Rentner werden aus biologischen Gründen diese Rentenangleichung nicht mehr erleben.

Nach unserer Auffassung ist das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz verfassungswidrig. Zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit kann das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit einer Verfassungsbeschwerde (Rechtssatz-Verfassungsbeschwerde) angerufen werden. Auf Initiative des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. (OKV) haben sich Betroffene bereit erklärt, sich mit entsprechenden Beschwerden an das BVerfG zu wenden. Die Beschwerden sind als Einzelbeschwerden innerhalb eines Jahres, bis zum 30. 06. 2018, beim BVerfG

einzureichen. Sie sind mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden (RA-Gebühren u.a. Kosten).

Das Anliegen wird solidarisch unterstützt von der Eisenbahngewerkschaft (EVG), die die Kosten für einen Beschwerdeführer übernimmt. Das OKV hat beschlossen, für zwei Betroffene aus unseren Reihen - einen ehemaligen Leistungssportler der DDR und ein Vorstandsmitglied der GBM - finanzielle Unterstützung zu leisten.

Wir rufen alle Verbände und Vereine, alle Mitglieder des OKV sowie unsere Freunde, Sympathisanten und Verbündeten auf, mit Spenden zu einer gerechten Entscheidung durch das BVerfG beizutragen.

Das Spendenkonto lautet:

Bankverbindung - IBAN: DE68100500000190509740 — Kennwort: Rechtssatzbeschwerde

Ansprechpartner des OKV: Joachim Bonatz, info@okv-ev.de

Unerwartet und von dieser Seite völlig überraschend, hat sich ein prominenter Bürgerrechtler am 5. Juni in der jW zu Wort gemeldet und in einem Interview die Überwindung der Spaltung in der Gesellschaft, ja sogar deren Versöhnung zu seinem Ziel erklärt:

Bei anderen gelesen

„Wir spalten nicht, wir versöhnen“ – Die »Stiftung Aufarbeitung« und der Vorwurf der politischen Einseitigkeit.

Ein Gespräch mit Rainer Eppelmann | Interview: Robert Allertz

Am 5. Juni vor 20 Jahren beschloss der Bundestag die Gründung der »Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«, deren Vorstandsvorsitzender Sie seither sind ...

Schön, dass auch Sie sich an dieses Datum erinnern. Sie kommen ja von *junge Welt*, wo offensichtlich nicht unsere besten Freunde zu finden sind. Wir feiern erst im Herbst, zum Jahrestag der Arbeitsaufnahme der Stiftung. Auf der Festveranstaltung wird unter anderem der Bundespräsident sprechen.

Ach, ich komme lieber zu früh als zu spät. Zudem rede ich lieber mit Menschen

als über sie, auch wenn sie nicht meine Freunde sind. Wir beide hatten ja bereits im Herbst 1989 ein langes Gespräch, es erschien dann in *junge Welt* unter der Überschrift »Wir brauchen bei uns eine große Koalition der Vernunft«.

Dazu stehe ich auch heute.

Zur Überschrift oder zum Interview?

Zur Überschrift. Der Appell an die Vernunft scheint mir dringender denn je. Und das andere, ich antwortete damals als Vorstandsmitglied und Pressesprecher des Demokratischen Aufbruchs. Und vieles, was ich sagte, entsprach dem damaligen Kenntnisstand.

Ich traf Sie damals im Pfarrhaus in der Samariterstraße, Sie kamen gerade mit zwei Kohleneimern aus dem Keller. Heute sitzen Sie in einem sehr edel ausgestatteten Büro am Rande des Regierungsviertels, sind Mitglied der CDU (damals sagten Sie: »Wir wollen keine Partei mit einem C werden. Wenn man diesen Anspruch ›christlich‹ ernst nimmt, kann man keine Partei gründen.«) Ich sehe keinen Schreibtisch.

Der steht bei mir zu Hause. Aber sehen Sie die Bücherwand. Seit Gründung der Stiftung sind an die 500 Publikationen mit Druckkostenzuschüssen der Bundesstiftung erschienen.

Sehen Sie es mir bitte nach: Das Stiftungsvermögen wird offiziell mit 77 Millionen Euro angegeben, davon stammen 75 Millionen aus dem SED-Vermögen, also stecken auch meine Parteibeiträge drin. Und Ihr jährlicher Etat beträgt über fünf Millionen Euro. Da kann man schon eine ordentliche Welle schieben.

Wollen wir nur über Geld reden?

Nein. Ich würde gern über die Ausrichtung Ihrer Stiftung reden. Der Gründungsauftrag ist bereits im Namen genannt, Sie selbst sprechen von der »kommunistischen Diktatur«. Würden Sie die Stiftung als antikommunistisch charakterisieren?

Kann ich so nicht sagen. Es gibt keinen solchen Auftrag. Wir sind überparteilich und natürlich ist das nicht immer leicht umzusetzen. Aber wir sind dem Auftrag verpflichtet, über die Diktatur in SBZ und DDR sowie deren Folgen aufzuklären – ohne Rücksicht auf parteipolitische Präferenzen.

Ich wiederhole meine Frage.

Ich würde darauf nicht vorschnell »Ja, aber ...« antworten. Sagen wir so: Für mich geht Menschenrecht vor Staatsrecht. Was in den real-

sozialistischen Ländern als kommunistisch deklariert wurde, war unmenschlich und menschenverachtend. Dagegen war ich, dagegen bin ich. Das ist auch die Haltung der Stiftung.

Der Auftrag Ihrer Institution wurde bei der Konstituierung klar fixiert. Dagegen richtet sich aus unterschiedlichen Motiven Kritik. Die einen werfen der Stiftung eine Monopolisierung der DDR- und Kommunismusforschung vor, vermutlich, weil sie nicht daran partizipieren dürfen. Andere stört diese apodiktische Einseitigkeit, die Fokussierung auf den ostdeutschen Teil der deutschen Geschichte. Es gibt keine Stiftung, die sich mit ähnlicher Intensität der westdeutschen Vergangenheit widmet.

Ich denke, eine vergleichbare Institution kann es auch nicht geben, weil sich die DDR und die Bundesrepublik nicht vergleichen lassen.

Es geht nicht um Vergleich, sondern um die ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit der BRD, die ebenso kritisch durchleuchtet werden sollte.

Ich bin für die Aufarbeitung der gesamten deutschen Geschichte seit 1945, wobei wir es sowohl mit einer Demokratie als auch mit einer

Diktatur zu tun haben. Das muss differenziert geschehen.

Sie verwenden immer wieder den Begriff »Versöhnung« – auch im Zusammenhang mit dem Stiftungsauftrag. Ich verrate Ihnen gewiss kein Geheimnis, dass dies nicht von allen in unserem Lande so gesehen wird. Viele meinen, dass die Stiftung eher fürs Gegenteil steht.

Versöhnung kann nicht zu einem Termin verordnet werden, es ist ein stetiger Prozess. Und er findet zwischen Menschen statt und nicht zwischen Institutionen. Institutionen können diesen Prozess allenfalls unterstützen und befördern. Auch wir tun das. Sehen Sie sich unsere Bücher, Filme, Zeitzeugenportale an, wir haben in zwanzig Jahren über 3.000 Ausstellungen, Konferenzen, Diskussionsveranstaltungen realisiert. Wir bemühen uns stets um Wahrheit und Klarheit. Wir spalten nicht, wir versöhnen.

Den Artikel finden Sie unter:

<https://www.jungewelt.de/artikel/333552>.

[wir-spalten-nicht-wir-versoennen.html](https://www.jungewelt.de/wir-spalten-nicht-wir-versoennen.html)

(c) Junge Welt 2018

<https://www.jungewelt.de>

*

Versöhnung: DDR-Sonderrenten?

Seit Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff Anfang Januar dieses Jahres finanzielle Entlastungen der ostdeutschen Bundesländer bei Zahlungen für DDR-Renten gefordert hat, geistern immer wieder Mel-

dungen durch die Medien, mit denen suggeriert wird, dass die ostdeutschen Länder Millionen dafür zahlen müssten, weil die DDR einst ihren Staatsbediensteten zahlreiche Sonderrenten versprochen hätte.

Worum geht es eigentlich?

Etwa 1,3 Millionen DDR-Bürger hatten mit ihrer Zugehörigkeit zu Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR Renten- bzw. Versorgungsansprüche erworben, die mit dem Einigungsvertrag und der sogenannten Systementscheidung in die allgemeine bundesdeutsche Rentenversicherung überführt wurden. Dabei wurden alle über eine „normale“ DDR-

Rente hinausgehenden Ansprüche ersatzlos enteignet. Angehörige des MfS und Gruppen von Partei- und Staatsfunktionären wurden durch die Kürzung ihrer Rentenansprüche auf 1,0 Entgeltpunkte je Jahr zusätzlich diskriminiert und schlechter gestellt als alle anderen DDR-Bürger.

Kein DDR-Bürger erhält also Sonderrenten, nicht wenige sogar Strafrenten!

Die Begriffswahl „Sonderrenten“ ist nichts anderes als eine bewusste Irreführung und Manipulation der öffentlichen Meinung, zudem Stimmungsmache gegen alle, die Rentengerechtigkeit einfordern.

Logisch wäre gewesen, mit der Überführung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme in die allgemeine Rentenversicherung die verbleibenden Rentenansprüche aus DDR-Zeiten wie bei allen anderen DDR-Bürgern aus der bundesdeutschen Rentenversicherung also aus Beitragszahlungen der Versicherten und den gesetzlich geregelten staatlichen Zuschüssen aus Steuermitteln zu finanzieren. Stattdessen wurden diese Rentenansprüche aber zu vereinigungsbedingten Sonderausgaben deklariert mit dem Ergebnis, dass sie zu 60 Prozent den ohnehin finanzschwachen ostdeutschen

Bundesländern aufgebürdet wurden. Wenn die ostdeutschen Länder jetzt Entlastungen fordern, ist das völlig berechtigt. Das hat aber nun wahrlich nichts damit zu tun, dass Ostdeutsche irgendwelche privilegierten oder unberechtigten Rentenzahlungen erhalten.

Renten sind kein Gnadengeschenk der Regierung, sondern durch Beitragszahlung erworbene Eigentumsansprüche. Auch mit irreführenden Begriffen können rentenrechtliche Diskriminierungen und willkürliche Rentenkürzungen nicht aus der Welt geschafft werden. Wir haben also keinen Grund, unseren Kampf gegen Strafrenten und andere Rentenungerechtigkeiten aufzugeben.

Wolfgang Schmidt

Marianne Linke, langjähriges Mitglied der Fraktion der LINKEN im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, erläutert dazu:

Bei der Rentenüberleitung gab es wohl vor allem das Problem, dass weder die Westbeamten noch die Ostverkäufer um Krause wussten, dass auch die DDR-Rente ähnlich wie die Westrente sich aus drei Quellen speiste:

- die gesetzliche (über den SV-Beitrag von max. 60 Mark),
- die freiwillige (in etwa vergleichbar mit der privaten Rentenversicherung): FZR,
- die betriebliche Rente (nichts anderes waren die Intelligenzrenten, die Versorgungssysteme des Staates [einschl. der bewaffneten Organe], die der Künstler/innen, Tänzer/innen, Mitarbeiter/innen im Gesundheitswesen) usw. usf. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass in der DDR fast alles „Staat“ [oder öffentlicher Dienst] war und zum Staat eben unterschiedlichste Branchen oder Betriebe/Institutionen zählten.

Die gesetzliche Rente der DDR war das einzige Element, das halbwegs vertretbar übergeleitet wurde. An den beiden anderen Säulen gab es immer mal wieder minimale Nachbesserungen, stets nur nach langwierigen Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes - nie jedoch wesentliche unter Beachtung der Systematik. Eine Lösung wird es hierfür wahrscheinlich nicht mehr geben.

Ich erinnere mich noch gut an meine Rede zum Antrag der Landesregierung im Bundesrat 2003 hierzu. Ich hatte damals Sorge, man würde mich auspeifen. Nichts da - die Damen und (meist) Herren hoben die Köpfe und schauten mich wie ein exotisches Tier im Zoo an, weil ich erklärte, es gäbe noch Lücken aus dem Einigungsvertrag ...

Wir waren übrigens das einzige Land (es gab ja noch rot-rot in Berlin), das dem Entschließungsantrag unserer Landesregierung MV zustimmte.

Von Solidarität unter den Ostländern - nicht die Spur von Verständnis dafür, dass Rentenanwartschaften eigentumsähnliche Rechte darstellen... Vielmehr herrschte die Auffassung: Alles staatsnah, igitt, igitt ...

Die heutige Tatsache, dass die Ostrenten die Haushalte der Ostländer belasten, ließe sich rechtfertigen, wenn das Vermögen [vor allem in Gestalt des Volkseigentums] der DDR auch im Osten geblieben wäre. Es wurde jedoch in skandalöser Weise durch die Bundesrepublik und die hierfür beauftragte Treuhand unter den Westlern verscherbelt, dass es nur gerecht wäre, würde der Bund - der nicht in der Lage war, dieses DDR-Vermögen zu schützen und zu mehren - nun auch für die selbst verursachten Folgen eintreten.

*

Zwischenruf

„Versöhnung ist ein stetiger Prozess, und er findet unter Menschen statt und nicht zwischen Institutionen. Institutionen können diesen Prozess allenfalls unterstützen und befördern. Auch wir tun das.“ ... Wir bemühen uns um Wahrheit und Klarheit. Wir spalten nicht, wir versöhnen.“

Hier sollte man einem pastoralen Wort nicht widersprechen und zu konkreten Übereinkommen übergehen. Denn die biblische Dienstvorschrift verlangt, dass sein Wort JA JA oder NEIN NEIN sei.

w.k.

Der Präsident des OKV hat Anfang Juni an die Bundesministerin für Verteidigung einen Brief geschrieben, der von den Vorsitzenden von ISOR, GRH, GBM mitgezeichnet wurde:

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

in den letzten Tagen erreichten die Öffentlichkeit durch das Fernsehen sowie einige Tageszeitungen Meldungen über Trupentransporte der US-Army durch einige Landesteile der Bundesrepublik, die vor 1990 zur DDR gehörten, in Richtung polnische Ostgrenze sowie baltische Staaten.

Das beunruhigt viele Bürgerinnen und Bürger sehr. Wer einmal aus beruflichen oder privaten Gründen in der einstigen Sowjetunion oder im heutigen Russland war und Kontakt zur Bevölkerung hatte, der weiß wie schnell die Gespräche beim Thema Krieg und Frieden landen und welches Trauma der Überfall vom Juni 1941 damals von deutscher Seite hinterlassen hat. Bei uns steigt das Unbehagen sehr, da die Erinnerungen an den Beginn des 2. Weltkrieges mit dem „Fall Barbarossa“ eng verbunden werden!

Die heutige Aktivität der Amerikaner kann unter Umständen neue Befürchtungen im russischen Volk über eine Gefahr aus dem Westen befördern und die in den letzten fünf Jahrzehnten ent-

standenen gutnachbarschaftlichen Gefühle zerstören. Das wäre in jeder Hinsicht sehr tragisch und furchtbar. Dabei muss wohl auch die mehrfach zutage getretene Unberechenbarkeit des gegenwärtigen Präsidenten der USA in Betracht gezogen werden. Das alles geschieht, sicher nicht unbeabsichtigt, unmittelbar vor der Fußball - Weltmeisterschaft in Russland.

Im Zwei-plus-Viervertrag von 1990 haben die Signatarstaaten Frankreich, Großbritannien, USA, die UdSSR, die Bundesrepublik und die DDR dazu erklärt, dass nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der damaligen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in diesem Teil Deutschlands keine ausländischen Streitkräfte und Atomwaffen stationiert noch dorthin verlegt werden dürfen.

Wir möchten von Ihnen wissen, welches Parlamentsorgan in die Zustimmung zum Marsch der US-Army durch Deutschland einbezogen wurde und warum eine Verletzung des Zwei-plus-Viervertrages geduldet wird.



Eine bemerkenswerte Buchvorstellung in Neubrandenburg

Am 25. Juni 2018 hatte „mecklenbook“, der Buchverlag der Nordkurier Mediengruppe, unterstützt von der Regionalbibliothek Neubrandenburg und der Mecklenburgischen Literaturgesellschaft zur Lesung Carsten Gansels Buches „Meinst Du die Russen wollen ...? Ein Moskauer Tagebuch“ eingeladen.

Aus der Einladung ging nicht hervor, dass sich Interessenten anmelden sollten. Der Veranstalter hatte Plätze für 50 Besucher vorbereitet und kontrollierte die namentliche Anmeldung. Mehr als 100 Gäste wollten zur Lesung und rund 80 bekamen dann einen Platz. Kennt die Lokalzeitung so wenig ihre Leser?

Prof. Gansel betonte einleitend, Russland mit den Augen der Russen zu sehen. Nur so komme man zu einer realistischen Einschätzung und könne die russischen Menschen verstehen.

Deshalb reiste er mehrfach nach Russland und war ein Semester als Gastdozent an der staatlichen Landesuniversität in Moskau tätig. Er schilderte sein Zusammentreffen mit russischen Menschen, deren Empfindungen und deren Stellung zu Putin, berichtete von gut gefüllten Lebensmittelgeschäften trotz europäischem Embargo und von russischen Menschen, die ihn als ehemaligen DDR-Bürger besonders

herzlich begrüßten. Er berichtete davon, wie Russen über Deutschland denken und wie sich Russen in Deutschland fühlen. Prof. Gansel erzählte vom Verzeihen der russischen Menschen trotz 27 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg und ihrem Unverständnis für das feindselige Verhalten der Westeuropäer.

Zahlreiche Passagen aus seinem Buch las Carsten Gansel vor und illustrierte sie mit Fotos, die er während seiner Aufenthalte aufgenommen hatte. Der Autor betonte immer wieder, dass man die Ansichten und Gefühle der russischen Menschen nur verstehen kann, wenn man sie erlebt hat. Politik und Medien suggerieren uns ein Bild von Russland, das mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun hat. Er unterstrich, dass man die Geschichte kennen muss, um die Gegenwart zu verstehen. „Sich eine Meinung zu bilden, gehe nicht, ohne in die Geschichte zurückzublicken“ mahnte er. Seine Ausführungen schloss Prof. Gansel mit dem Gedicht von Jewgeni Jewtuschenko „Meinst Du, die Russen wollen Krieg ...?“. Für seine Ausführungen wurde Prof. Gansel mit starkem Beifall bedacht.

Eine Ärztin mit russischen Wurzeln sagte: „Er ist mutig, sich dem gegenwärtigen Trend entgegen zu stellen. Das ist richtig! Man muss etwas dagegen tun!“ Die Zuhörer dankten in ihren Fragen und Statements Prof. Gansel für

seine erhellenden Ausführungen und dafür, einen anderen Blick auf Russland vermittelt zu haben. Zuhörerinnen bedachten ihn mit Blumen und wünschten sich, dass viele Menschen sein Buch lesen und verstehen. Frau Clüwer vom „Drushba. global e.V.“, welche eine Russland-Friedensfahrt mitgemacht hatte, überreichte Prof. Gansel ein T-Shirt mit dem Aufdruck des Antikriegsgedichts von Jewtuschenko. Solch ein T-Shirt hatten die Teilnehmer bei ihrem Besuch in Russland getragen und dafür viele Sympathiebekundungen erhalten. Die Reise habe gezeigt, wie sehr die russischen Menschen freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland wünschen und überwiegend die Außenpolitik ihres Präsidenten unterstützen.

Das große Interesse der Nordkurier-Leser, die während der Buchlesung geäußerten Meinungen und die kritischen Leserbriefe der letzten Monate im Nordkurier sind für mich ein Beweis dafür, dass sich die Menschen nicht von Politik und Medien in eine Richtung drängen lassen.

Das unerwartet große Interesse der Leser veranlasst den Verlag „mecklenbook“, eine Folgeveranstaltung zu organisieren. Auf die Resonanz darf man gespannt sein.

Gunter Emmaus

Carsten Gansel

Meinst Du, die Russen wollen?

Ein Moskauer Tagebuch

Verlag Mecklenbook, Neubrandenburg 2018

336 Seiten, Preis: 17,95 Euro

ISBN 978-3-946599-49-4

Die feierliche Wiedereinweihung des restaurierten Ehrenmals wird am Weltfriedenstag ab 10 Uhr stattfinden. ISOR ist dazu herzlich eingeladen.

Die Denkmalschutzbehörde sagte einen Beitrag in Höhe von 2850 € zu. Der Spendenstand mit dieser Zuwendung liegt bei über 20 000 €. Es gehen immer noch vereinzelt Spenden auf dem Konto ein und wir sammeln hier auch weiter.

Deshalb an dieser Stelle **herzlichen Dank an alle Unterstützer.**

Herzliche und solidarische Grüße die Mitglieder des Ortsverbandes Geithain der Partei DIE LINKE.



Einladung zum Altmarktreffen

Wir laden alle ISOR-Mitglieder mit Partnern, Sympathisanten und Freunden zum traditionellen

Altmarktreffen am Samstag
dem **25. August 10.00 Uhr**

in die Ausflugsgaststätte FEINE SACHE
Kreis Salzwedel herzlich ein.

Als **Ehregast hat Hans Modrow**
sein Kommen zugesagt.

Wer am Imbiss und Mittagessen teilnehmen möchte, – Preis 17.00 € –
bitte bis zum 10. 8. 2018

Wilfried Romatschke
Tel. 039035 456 oder

Eckhard Szabaschus
Tel. 03931 710902 anrufen.

Das Altmarktreffen wird
gegen 14.00 Uhr beendet sein.

Eckhard Szabaschus

Aus der Postmappe

Hans-Joachim Friedrich reflektiert die Situation in der Friedensbewegung:

Am 22.06.2018 fand anlässlich des 77. Jahrestages des Überfalls des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion in Berlin an der Neuen Wache eine Kundgebung statt, die von der Berliner Friedenskoordination organisiert worden war. Das Leitmotiv bestand nicht vorrangig in der Erinnerung der mit diesem Datum ausgelösten Verbrechen Hitlerdeutschlands gegen die Völker der Sowjetunion, sondern vielmehr in den Parallelen der ideologischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorbereitung des Überfalls mit der heutigen Entwicklung und der Verpflichtung aller Deutschen, ihr Einhalt zu gebieten. Bruno Mahlow (zum Zeitpunkt des Geschehens 7 Jahre alt, Sohn antifaschistischer Eltern im sowjetischen Exil) und Lühr Henken, Aktivist der Friedensbewegung, waren kompetente Redner. Während dieser Veranstaltung, auf der auch Gina Pietsch Jewtuschenkos „Meinst Du die

Russen wollen Krieg“ vortrug, versuchte Einer, mit dem wiederholten Ruf “Die Krim ist deutsch“, die Veranstaltung zu stören. Er wurde schließlich und unter Androhung eines Platzverweises durch die Polizei zur Ruhe gebracht.

Sind meine Eindrücke zufällig oder zeichnet sich hier eine gefährliche Entwicklung ab?

Nicht nur im Römischen Sklavenhalterstaat wurde das Volk mit “Brot und Spielen“ gewonnen und von politischen Mächtschaften abgelenkt.

War es falsch, wegen der Fußballweltmeisterschaft eine solche Kundgebung durchzuführen? Ich denke nicht.

Offensichtlich haben aber die Berliner Freunde von ISOR dazu eine andere Auffassung. Wie wäre sonst zu erklären, dass unsere Beteiligung gegen null lief?

Solche Ereignisse nutzen sowohl Politik, als auch die Leitmedien, um von Plänen, Vorhaben und Maßnahmen abzulenken. Sie hetzen, täuschen, trixen, kuscheln, verschweigen, spielen runter und lügen, um ihre Ziele zu erreichen. So fanden im Vorfeld dieser Weltmeisterschaft die monatlichen Beratungen des Bundestages und seiner Ausschüsse statt; beschlossen der Finanz- und Verteidigungsausschuss die Anschaffung von fünf bewaffnungsfähigen Drohnen für eine Milliarde Euro; fanden in den Baltischen Ländern die bisher größten NATO-Manöver statt, wird Deutschland zum Entfaltungsräum für den Angriff auf Russland entwickelt und wird immer mehr militärische Führungskraft in Europa, um nur einige Beispiele zu nennen.

Seit 2015 warnen wir mit dem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ und der folgenden Dokumentation von 2017 vor der gegenwärtigen Entwicklung und der damit verbundenen Kriegsgefahr. Wir haben im Beschluss unserer letzten Vertreterversammlung den

Friedenskampf als einen wesentlichen Bestandteil unserer Arbeit postuliert. In der Friedensbewegung werden wir von wesentlichen Teilen akzeptiert und unsere Dokumentation ist anerkannt. Wir wurden zu Beratungen hinzugezogen und unsere Aktivitäten werden begrüßt.

Die Fraktion der Partei Die Linke im Bundestag braucht dringend Unterstützung in ihrem Kampf gegen Aufrüstung, Auslandseinsätze der Bundeswehr, für den Ersatz der NATO durch ein kollektives System für Frieden und Sicherheit unter Einschluss Russlands.

Die Friedensbewegung stellt die Forderung Abrüsten statt Aufrüsten in den Mittelpunkt. Der Aufruf wurde mit einer Unterschriftenliste in **ISOR aktuell** veröffentlicht. Die 80 Erstunterzeichner geben ein breites Spektrum der Bevölkerung unseres Landes wider.

Man kann zu Sahra Wagenknecht unterschiedliche Auffassungen haben, wenn sie aber sagt, dass man, wenn man etwas erreichen will, wahrgenommen werden muss, dann hat sie recht.

Im Mittelpunkt steht der Kampf um die Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen, internationaler Abkommen und Verträge und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Damit erreichen wir keine grundsätzlichen Veränderungen der Verhältnisse aber eine größere Sicherheit.

Darin besteht unsere Hauptaufgabe in dieser Zeit. Überlassen wir juristische Auseinandersetzungen den Juristen, suchen wir uns weitere Bündnispartner, überwinden wir dabei auch Voreingenommenheit.

Ich weiß, dass es in vielen Bereichen sehr schwer sein wird. Bruno Mahlow sagte mir auf der genannten Veranstaltung mit Grüßen an alle ISOR-Mitglieder: „Denk daran, ohne Kampf kein Sieg.“

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
Drei Wochen kostenlos
www.jungewelt.de/probeabo
☎ 0 30/53 63 55-50

In eigener Sache: Wir bitten darum, Beiträge für unsere Zeitung an unsere Redaktionsadresse **ISOR-Redaktion@t-online.de** zu senden. Sonst besteht das Risiko, dass anders adressierte Post uns verzögert oder nicht erreicht. *Die Redaktion*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 27.06.2018

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 01.08. 2018

Einstellung im Internet: 10.08.2018

Auslieferung: 16.08.2018

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEV3333

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16